

SKB Pagels begründete den Antrag der FDP-Kreistagsfraktion vom 24.02.2015 zum verwaltungsinternen Vorschlagswesen. Die damalige Umsetzung des Vorschlagswesens in der Verwaltung und die im Personalausschuss vorgestellten Ergebnisse seien nicht zufriedenstellend gewesen. Eine im Jahr 2005 stattgefundene Untersuchung in Deutschland habe gezeigt, dass in Betrieben und Verwaltungen große Erfolge damit zu verzeichnen waren. Hierbei kamen 70% der Vorschläge aus privaten Firmen, aber auch 30% aus öffentlichen Verwaltungen. Wie bereits unter TOP 4 mitgeteilt könne dieser Antrag bei der großen GPA-Untersuchung mitbehandelt werden.

Abg. Becker merkte an, dass die Überprüfung des Vorschlagswesens mit in die GPA-Untersuchung aufgenommen wurde. Von daher sei es logisch, den Antrag im Hinblick auf Punkt 1 und 2 zurückzunehmen. Man könne darauf zurückkommen, wenn die Ergebnisse der GPA vorliegen.

SKB Pagels erklärte sich mit dieser Vorgehensweise einverstanden, sofern im GPA-Bericht über das Vorschlagswesen berichtet werde.